

LandesAStenKonferenz Rheinland-Pfalz
c/o AStA RPTU Campus Kaiserslautern
Erwin-Schrödinger-Straße 46
67663 Kaiserslautern
koordination@lak-rlp.org

An die Verhandlungsführer der Koalitionsverhandlungen
Für die Bereiche Wissenschaft und Mobilität
CDU+SPD

Kaiserslautern, 21. April 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir schreiben Ihnen im Namen der LandesAStenKonferenz Rheinland-Pfalz, welche die Interessen der knapp 120.000 Studierenden auf Landesebene vertritt.

Die rheinland-pfälzische Wissenschaftslandschaft steht seit einigen Jahren vor immer größer werdenden Herausforderungen. Wir treten mit diesem Schreiben an Sie heran, um Ihnen konstruktive Vorschläge, für die kommende Legislatur, aus Sicht der Studierenden zu unterbreiten.

Auch nach dem Ende von Corona- und Energiekrise ist die Lage für Studierende in Rheinland-Pfalz nach wie vor sehr schwierig. So erleben wir in Zeiten von multiplen Krisen wie dem Krieg in der Ukraine und dem Iran und hohen Preisen trotz niedrigerer Inflation, steigende negative Auswirkungen für Studierende, die sich bereits weit vor den derzeitigen Krisenlagen am unteren Ende der durchschnittlichen Einkommen wiederfinden und unter teils großen Anstrengungen ihr Studienleben finanzieren müssen. So hat das statistische Bundesamt kürzlich ein Nettoäquivalenzeinkommen von 930 Euro monatlich ermittelt.

Gerade für die einkommensschwächsten Studierenden sind hierbei die Studierendenwerke ein Garant der kostengünstigen Nahrungsmittelversorgung und von preiswertem Wohnraum. Hier muss das Land dringend einen neuen Weg der Finanzierung der Studierendenwerke finden, um das finanzielle Überleben der Studierendenwerke, und damit auch der Studierenden selbst, auf Dauer zu garantieren. Die Kostenbelastung der Studierendenwerke ist in den letzten Jahren enorm angestiegen. Trotz sinkender Beschäftigtenzahlen steigen die Ausgaben für Personal aufgrund regelmäßiger Tarifsteigerungen. Auch steigende Inflation und Energiekosten drücken die Bilanzen der Studierendenwerke und erhöhen damit die Preise für die Studierenden. Wir fordern daher die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- **Erhöhung der bestehenden Zuschüsse zur Verbilligung des Mensaessens** und die **Einführung weiterer Zuschüsse für studentisches Wohnen und den Betrieb von Kindertagesstätten**. Darüber hinaus braucht es **Zuschüsse zu den Personalkosten und einen Investitionszuschuss**. Der reale Bedarf an Zuschüssen sollte einmal jährlich mit den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Studierendenwerke überprüft und ggf. angepasst werden
- Die **betriebskostenfreie Überlassung der Campusgastronomie**, was einen erheblichen Beitrag zur Reduzierung der Kostenlast der Studierendenwerke beitragen kann

- Auch eine **sinnvolle Übernahme von Studierendenwohnheimen aus Privatbesitz durch das Land Rheinland-Pfalz** kann zur Senkung der Kosten beitragen, indem das Land diese Wohnheime den Studierendenwerken für einen symbolischen Euro überlässt. Zudem braucht es eine **Aufnahme bestehender Wohnheime in das derzeitige Förderprogramm des Landes**
- Wenn die Studierendenwerke **Fremdkapital für Instandhaltung oder Neubau aufnehmen**, braucht es einen garantiert **niedrigen Zins**, um günstig Kapital am Markt zu beschaffen
- Bereits 2022 hat die Studie zur Zukunft der Studierendenwerke Rheinland-Pfalz auf einen entsprechenden Bedarf an finanziellen Mitteln verwiesen. Um jedoch mehr finanzielle Mittel auch einsetzen zu können, braucht es eine **Reform des zuständigen Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB)**. Der Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz bemängelt hierzu in seinem Jahresbericht 2023 fehlendes Personal beim LBB zur Bewerkstelligung seiner Aufgaben.

Die stetige Verteuerung der Mensapreise, steigende Mieten in den Wohnheimen und stetig ansteigende Sozialbeiträge können mit diesen Maßnahmen nachhaltig gestoppt werden. **Es braucht hierzu einen regelmäßigen Austausch der künftigen Leitung des Wissenschaftsministeriums mit den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Studierendenwerke.**

Neben der Finanzierung der Studierendenwerke kann eine finanzielle Entlastung aller Studierenden jedoch nur durch ein Zusammenspiel von Verbesserungen am BAföG und dessen Auszahlung gelingen. Konkret steht neben der Forderung nach einem elternunabhängigen BAföG und einer Anpassung der Bedarfssätze an die Lebensrealität der Inflation auch die Optimierung des Antrags- und Auszahlungsprozesses. Eine für das Wintersemester 25/26 beantragte BAföG-Zahlung, welches erst im Sommersemester 26 bewilligt und ausgezahlt wird, verfehlt ihre Wirkung. Uns ist bewusst, dass die Regelungen zum BAföG keine Angelegenheiten der Länder sind, sondern im Hoheitsbereich des Bundes liegen. **Daher wäre eine Initiative des Landes Rheinland-Pfalz zum Thema BAföG über den Bundesrat eine gangbare Lösung.**

Zum erfolgreichen Abschließen des Studiums gehört neben den genannten Punkten auch eine gute Qualität der Studiengänge und eine ausgeprägte Wissenschafts- und Forschungslandschaft, wie sie Rheinland-Pfalz bereits bietet. Ein modernes und zeitgemäßes Studium setzt jedoch auch eine entsprechende Ausstattung der Universitäten und Hochschulen voraus. Wenn aber im Jahr 2026 nicht einmal eine zuverlässige WLAN-Verbindung an allen Gebäuden eines Campus gewährleistet ist, passt dies nicht zu einem Studium im 21. Jahrhundert. Der bauliche Zustand vieler Universitätsgebäude lässt an der Ernsthaftigkeit des Landes bezüglich dieser Thematik stark zweifeln. Hier sind beispielsweise die Universität Trier und die beiden Campus Kaiserslautern und Landau der Rheinland-Pfälzisch Technischen Universität zu nennen. Der Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz hat in seinem Prüfbericht 2024 bereits den anhaltenden Sanierungsstau und ein fehlendes Landesprogramm zur Sanierung von universitären Bauliegenschaften kritisiert. Ein qualitatives Studium mit ausgeprägter Wissenschaftslandschaft und Gebäude, in die es durchs Dach reinregnet wie an der RPTU in Kaiserslautern, passen definitiv nicht zusammen. **Die oben bereits erläuterte Reform des LBB ist damit überfällig und dringend geboten. Das Land muss hier schnell umsteuern und mit den Hochschulleitungen vor Ort die Probleme gemeinsam anpacken, statt weiter auszusitzen.**

Ein weiterer Aspekt, der für alle Hochschulangehörigen von immenser Bedeutung ist, wird von uns in der Ausgestaltung der Nachhaltigkeit an den Hochschulstandorten gesehen. So wäre es bereits eine erste sinnvolle Maßnahme, **auf allen geeigneten Universitäts- und**

Hochschulgebäuden Photovoltaikanlagen zu installieren und so einen Beitrag zur Senkung der Energiekosten zu leisten. An dieser Stelle sei an den Forderungskatalog Nachhaltigkeit der Nachhaltigkeitswoche RLP aus dem Jahr 2022 verwiesen. In diesem wird u.a. die Einhaltung des Ziels, Hochschulen bis 2030 klimaneutral zu gestalten, eingefordert. **Das Land muss hier die Umsetzung der dort vorgeschlagenen Maßnahmen mutig anpacken und die Universitäten und Hochschulen aktiv unterstützen.**

In diesem Zusammenhang kann auch das Deutschlandticket für Studierende genannt werden, welches im November 2023 an den Start ging. Bereits zu Beginn dieses Prozesses im Frühjahr 2023 wurden wir durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz aktiv mit einbezogen. **Wir hoffen daher, dass das Land weiterhin das Deutschlandticket für Studierende unterstützt.** Jedoch wurde der Preis des Deutschlandticket sowohl zu Jahresbeginn 2025 als auch zu Jahresbeginn 2026 erhöht. Ab dem Jahr 2027 sind weitere Preissteigerungen zu erwarten. Für Studierende bedeutet dies eine dramatische Konsequenz – auch das deutschlandweite Semesterticket wird teurer. **Wir betrachten diese Entwicklung mit großer Sorge und sehen daher die langfristige Existenz des Deutschlandticket für Studierende gefährdet.** Bisher haben Studierende monatlich 34,80 Euro für das Deutschland-Semesterticket gezahlt – fällig in einer Vorauszahlung von 208,80 Euro pro Semester. Mit der aktuellen Erhöhung stieg der Beitrag auf 37,80 Euro monatlich bzw. 226,80 Euro pro Semester. Das bedeutet: eine Mehrbelastung von 18,00 Euro bei gleichbleibender Leistung. Insgesamt betrachtet macht der Betrag von 226,80 Euro pro Semester an vielen Universitäten und Hochschulen bereits 2/3 des gesamten Sozialbeitrags aus. Um das Deutschlandticket für Studierende langfristig erfolgreich machen zu können, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- **Einführung eines bundesweit gültigen, vom Land subventionierten Bildungsticket für junge Menschen und Studierende**
- Das Ticket soll als **365-€-Ticket** umgesetzt werden und **Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden, Freiwilligendienstleistenden und Studierenden** zur Verfügung stehen.
- Das Bildungsticket soll als **monatliches Abo zum Preis von 30,50€** bezogen werden können. Der Erwerb des Tickets erfolgt eigenverantwortlich.
- **Die Differenz zwischen dem tatsächlichen Kostendeckungsbeitrag und dem Preis von 365€ soll vollständig durch das Land Rheinland-Pfalz getragen werden.**

Ein vom Land subventioniertes Bildungsticket stärkt die Mobilität junger Menschen, entlastet finanziell und trägt zur sozialen Teilhabe bei. Gerade Studierende stehen unter hoher finanzieller Belastung durch steigende Wohn- und Lebenshaltungskosten. Ein bezahlbares Ticket ist eine wesentliche Maßnahme zur Sicherung chancengerechter Bildung. Mit der Deckelung auf 365 € pro Jahr (symbolisch: 1 € pro Tag) folgt Rheinland-Pfalz ähnlicher Modelle anderer Bundesländer und setzt ein klares Signal für die Unterstützung junger Menschen. Gleichzeitig stärkt das Ticket die Nutzung des klimafreundlichen öffentlichen Verkehrs und reduziert den motorisierten Individualverkehr, was sowohl ökologische als auch infrastrukturelle Vorteile bringt. Ein eigenverantwortlich zu erwerbendes Ticket entlastet zudem die Hochschulen und ASten von komplexen semesterticketbezogenen Verhandlungen mit Ihren Verkehrsverbänden und schafft erstmals ein einheitliches, einfaches Angebot für alle jungen Menschen im Land.

Um die anstehenden Herausforderungen auch anpacken zu können, braucht es eine uneingeschränkte Einbindung aller Statusgruppen und Beteiligter. Wir haben in der Vergangenheit leider erlebt, dass die Interessen der knapp 120.000 Studierenden im Land nur sehr unzureichend in der Politik gehört werden. **Daher braucht es dauerhafte Konsultationen zwischen der künftigen Leitung des Wissenschaftsministeriums und der LandesAStenKonferenz Rheinland-Pfalz. Zudem braucht es auch geeignete**

Austauschformate seitens des Wissenschaftsministeriums, insbesondere mit den Hochschulleitungen vor Ort, der Landeshochschulpräsidentinnen- und präsidienkonferenz (LHPK) und den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der rheinland-pfälzischen Studierendenwerke.

Unsere Punkte kurz zusammengefasst:

- Grundlegende Verbesserungen bei der Finanzierung der Studierendenwerke!
- Studierende müssen finanziell bessergestellt werden!
- Bundesratsinitiative für eine besseres BAföG!
- Marode Universitäten und Hochschulen müssen nachhaltig und klimaneutral saniert werden!
- Konstruktive Umsetzung von Maßnahmen zu mehr Nachhaltigkeit!
- Deutschlandticket für Studierende muss erhalten und zukunftsfähig gemacht werden!
- Bessere und aktivere Einbeziehung ALLER Statusgruppen und Beteiligten!


Die von uns genannten Punkte sind Probleme, die in der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft seit Jahren existieren. Wir sehen in der weiteren Verschlechterung u.a. der Situation der Studierendenwerke als zentralen Anker des studentischen Alltags und der sich immer schneller drehenden Teuerungsspirale von steigenden Sozialbeiträgen, Mensapreisen und Mieten in Studierendenwohnheimen eine ernsthafte Existenzbedrohung für den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz. In der Vergangenheit kam mehrfach die Argumentation, es sei kein Geld vorhanden, welche angesichts eines Haushaltsvolumens des Landes im Bereich der Hochschulen in Höhe von 1,23 Milliarden Euro und des Sondervermögens Infrastruktur des Bundes von 100 Milliarden Euro nicht schlüssig erscheint. Es braucht daher umgehend eine Kehrtwende in der Wissenschaftspolitik, um die immensen Herausforderungen unserer Hochschullandschaft anzupacken.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unser Wissenschaftsstandort in eine moderne und gutausgestattete Zukunft gehen kann, in der Studieren wieder bezahlbar wird.

Für die LandesAStenKonferenz Rheinland-Pfalz

- Der Vorstand -

i.A.



Jan Stefan Schreiner, Vorsitzender des Sprecher*innenrat

Sprecher*innenrat der LandesAStenKonferenz:

Jan Stefan Schreiner (RPTU Campus Kaiserslautern), Marit Heinze (JGU Mainz), Niclas Jakobsen (HS Zweibrücken), Max List (FTSK Germersheim)